

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

in Angesicht der Ernsthaftigkeit der aktuellen Lage in der Ukraine und der Sondersitzung des Bundestages am 13. März 2014 sehe ich mich in der Notwendigkeit bestätigt, Ihre Unterstützung mit diesem Schreiben zu ersuchen und auf folgende drei zentrale Aspekte der Krise aufmerksam zu machen.

Diese finden ihre Berechtigung vor dem Hintergrund der zentralen Legitimitätsfrage der heutigen Regierung der Ukraine, die darauf aufbauenden und bevorstehenden Präsidentschaftswahlen sowie die damit korrelierenden Vorhaben des russischen Präsidenten Vladimir Putin.

### 1. Präsidentschaftswahlen und Legitimität der heutigen Regierung der Ukraine

Das größte Problem aus der Sicht rechtlicher und politischer Legitimität besteht darin, dass am 21. Februar 2014 das Parlament in Kiew die Verfassung der Ukraine auf verfassungswidrige Art und Weise ändern ließ, indem es die Abschnitte XII und XIII der Verfassung der Ukraine komplett außer Acht gelassen hat.

Verfassungswidrig war auch die Entscheidung des Parlaments, den Präsidenten Janukowitsch des Amtes zu entheben und folglich die Wahl des neuen Präsidenten für den 25. Mai 2014 anzusetzen. Das Parlament der Ukraine hat das Recht, durch ein in der Verfassung Art.111 genau definiertes Amtsenthebungsverfahren den Präsidenten des Amtes zu entheben, aber für die Amtsenthebung eine Form gewählt, die in keinerlei Weise verfassungskonform ist. Dadurch ist die Legitimität auf der Strecke geblieben und durch undefinierbare Beliebigkeit ersetzt worden.

Das vorweg geschickt, lässt sich konstatieren, dass eine freie und demokratische Präsidentschaftswahl unter den heutigen Umständen in der Ukraine unmöglich durchgeführt werden kann.

Wenn wir alle hier im Westen zurecht sagen, dass ein Referendum auf der Krim einen klaren Rechtsbruch darstellt, weil unter anderem keine freie Wahl unter militärischer Besetzung durchzuführen ist, dann gilt das für die Präsidentschaftswahl genauso.

Demzufolge halten wir die Verschiebung der Präsidentschaftswahl in der Ukraine für unumgänglich und essentiell, um die notwendige Zeit zu gewinnen, die man für eine diplomatische und politische Lösung der Krise jetzt braucht.

Unabdingbar ist es, der heutigen ukrainischen Regierung zu verdeutlichen, dass sie zunächst zur Legitimität zurück finden muss, um der Ukraine eine Zukunft als Nationalstaat überhaupt zu ermöglichen. Man darf dabei nicht außer Acht lassen, dass die Ukraine als parlamentarische Demokratie eine legitime Regierung und ein legitimes Parlament zur Lösung der Krise mehr braucht als einen neuen Präsidenten.

Bei meinen Gesprächen in Kiew, die ich in den letzten Tagen auf höchster politischen Ebene geführt habe, hat sich folgende Skizze einer möglichen Marschroute herauskristallisiert, die zur Legitimität zurückführen hilft:

- Es muss zunächst ein Waffenstillstand mit Russland unter Vermittlung der deutschen Regierung beschlossen werden. Die Sicherheitskräfte müssen sofort in ihre Standorte zurückbeordert werden.
- Es muss ein Verfassungsvertrag verhandelt und unterschrieben werden, in dem alle wichtigen Fragen (u.a.: neue Wahlen, Übergangsregierung sowie deren Bildung und deren Programm, Aufteilung der Machtbefugnisse zwischen den Staatsorganen für die Übergangsperiode in der Ukraine) geregelt sind. Dieser Verfassungsvertrag ist eine Interimsverfassung, die durch eine neue Verfassung der Ukraine, die als Ergebnis eines freien und demokratisch sowie rechtlich legitimen verfassungsbildenden Prozesses nach den Parlamentswahlen entsteht, ersetzt wird.
- Bildung einer Übergangsregierung, in der nur die Politiker Vorrang bekommen sollen, die sich bereits fachlich bewiesen haben, die in keinerlei Weise mit Korruption in Verbindung gebracht werden und die gleich fern von politischen Kräften sind, welche die heutige Krise mit ihrem Handeln oder ihrer Untätigkeit hervorgerufen haben.
- Neue Parlaments- und Präsidentschaftswahlen unter der Beobachtung und dem Schutz der EU, der USA und Russlands.

## 2. Vermutliche Ziele von Russland

Der russische Präsident verfolgt wahrscheinlich mehrere Ziele gleichzeitig.

Innenpolitisch gesehen, können seine Ziele vereinfacht auf folgenden Nenner gebracht werden:

Es darf den Ukrainern auf keinen Fall gelingen, durch eine friedliche Revolution einen Präsidenten des Amtes zu entheben und ihn durch eine demokratische Regierung zu ersetzen.

Indem Putin die Legitimität der heutigen Regierung in Kiew in Frage stellt, zeigt er, dass bereits geschlossene Verträge mit Kiew jederzeit bei Regierungswechseln (die in seinen Augen nicht legitim stattgefunden haben) außer Kraft gesetzt werden können.

Was die außenpolitischen Aspekte seines Handelns betrifft, so will er direkte Verhandlungen mit dem Westen über den zukünftigen außenpolitischen Status der Ukraine.

Er möchte dadurch erreichen, dass der Westen, vor allem Deutschland, Großbritannien und die USA, mit ihm eine vertragliche Regelung ausarbeiten, verhandeln und unterzeichnen, die jegliche militärische Bindung der Ukraine an die NATO oder andere militärischen Bündnisse, in die Russland noch nicht einbezogen ist, ausschließt. Diese Verhandlungen sollen seiner Meinung nach

unter Ausschluss der Ukraine stattfinden.

So bleibt der Ukraine nur der Weg einer völligen Neutralität, analog der Art und Weise, die für Österreich und Finnland nach dem II. Weltkrieg gefunden wurde. Das könnte ein möglicher Weg zu einer stabilen Lösung der jetzigen Krise sein.

Die heutige Regierung der Ukraine und die Regierungen, die bisher in der Ukraine tätig waren, haben das Land in diese – im wahrsten Sinne des Wortes – Bedeutungslosigkeit gebracht. Der Weg daraus wird aber nicht an der Wiederherstellung der Legitimität und einer vertraglichen Regelung des außenpolitischen Status der Ukraine zwischen dem Westen und Putin vorbeiführen können.

An dieser Stelle treffen sich die notwendigen – von mir oben genannten – Schritte der ukrainischen Regierung und die Verhandlungen mit Putin über den zukünftigen Status der Ukraine.

Das bedeutet zwangsläufig, dass die Verschiebung der Präsidentschaftswahl im Zusammenhang mit Verhandlungen über die zukünftigen Status der Ukraine steht.

Es ist eindeutig, dass das Referendum auf der Krim nur ein zusätzliches Druckmittel für Verhandlungen mit dem Westen darstellen soll und keinerlei weitere praktische Bedeutung haben wird. Wir möchten hierbei daran erinnern, dass es ein ähnliches Referendum schon in Transnistrien gab, wo mehr als 90% für einen Anschluss an Russland gestimmt haben.

### 3. Kreditanstalt für den Wiederaufbau der Ukraine und die Bekämpfung der Korruption

Viele Menschen in der Ukraine sind der Meinung, dass bei der heutigen Regierung der Ukraine, die keinerlei demokratische Legitimität aufweisen kann, die Gefahr groß ist, dass die Hilfgelder wieder auf den Offshore-Konten der Firmen, die den Mitgliedern der Regierung sowie des Parlaments nahe stehen, landen werden.

Auch im Westen mehren sich die Meinungen, die vielleicht am deutlichsten der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder neulich ausgedrückt hat: «Die Gefahr (...) ist doch, dass die gewaltigen Hilfgelder (...) wieder in den falschen Kanälen landen können».

Um das zu verhindern, möchte ich vorschlagen, über eine Kreditanstalt für den Wiederaufbau der Ukraine nachzudenken, die ihren Hauptsitz in Berlin, Wien oder Frankfurt haben könnte und die von einer durch die Regierungen der Geldgeberländer bestimmten Verwaltung geleitet wird. So kann wenigstens versucht werden, die Hilfe für die Ukraine transparenter zu gestalten und diese auf eine Formel zu bringen, die analog dem «Marshall-Plan» funktionieren könnte - Hilfe als Gegenleistung für tatsächliche Reformen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass man in der Ukraine auch eine breit angelegte politische Bildung der Bevölkerung braucht. Die Tatsache,

dass der Westen alle Politiker in der Ukraine unterstützt, sobald sie sich Opposition nennen, egal ob sie Demokraten oder Diktatoren sind, macht die Verbreitung der Demokratie in der Ukraine ziemlich schwer.

Daher sollte die Förderung der politischen Bildung in der Ukraine als eine der wichtigsten Bedingungen für die Hilfe des Westens überhaupt gemacht werden.

Mit freundlichen Grüßen



Valerij Gladko